

Stalinismus/Entstalinisierung als Geschichtstypus und Periodisierungsmerkmal. Anmerkungen zur semantischen Begriffsdifferenz

I. Massenmedien bereiten die Schlagworte Totalitarismus, Stalinismus, Sowjetisierung, Entstalinisierung, Poststalinismus, Neostalinismus keine Schwierigkeiten. Offenbar taugen sie, wie auch etwa die Kurzformeln Trozismus, Titoismus oder Maoismus, zur allgemeinen Orientierung. Diese in die Umgangssprache eingegangenen Sprachkonventionen übernahm nach 1989/90 auch die postkommunistische Geschichtsschreibung. In der ersten Dekade nach 1990 wurde in Osteuropa Stalinismus noch mit »totalitäre Diktatur«, »totalitäres politisches System«, »bürokratisches Kommandosystem«, »autoritäres Regime« und vielem anderen mehr synonym benutzt. Die Argumente dafür lauteten, dass der Stalinismus mit dem sowjetischen System identisch sei und auch der Reformkommunismus eine Variante des Chruschtschow'schen Stalinismus sei; in Polen habe auch Gomułkas »polnischer Weg zum Sozialismus« ein »stalinistisches System« repräsentiert. In den letzten Jahren ist in der osteuropäischen Geschichtsschreibung jedoch eine Verengung der Begrifflichkeit auf die »westlichen Standards« zu beobachten. Unverkennbar ist dabei allerdings, dass die Termini inhaltlich national sehr unterschiedlich ausgelegt werden und generell bisweilen bittere Kritik an der im Westen ignorierten »semantischen Differenz« und »semantischen Toleranz« der Kategorien sowie an der analytischen Explorationsschwäche der dahinterstehenden Deutungsmodelle geübt wird.

Doch massive Kritik an Konzepten der historischen Kommunismusforschung war schon vor einem Jahrzehnt vernehmbar. Jacques Rupnik monierte damals, dass es sich bei Begriffen wie Stalinismus, Sowjetisierung, Totalitarismus um deskriptive Klischees ohne analytische Prägnanz handle, um »subjektive« Begriffe, die auf einem Werturteil beruhen. Sie stünden nicht auf dem Fundament eines wissenschaftlichen Konzepts, das mit objektiven Kriterien beschrieben werden könne.¹ Ähnlich argumentierte Manfred Hildermeier: Der Stalinismus sei ein weltanschaulich geprägtes und am stärksten von der Totalitarismustheorie beeinflusstes Konzept, das sich je nach Kontext ändere. Seine statische Konzeption lege den Schwerpunkt auf Herrschaftsverfassung und Regellosigkeit des Verfahrens, sie vernachlässige die historisch-genetische Dimension und ihre dynamischen Komponenten.

1 Rupnik, Jacques: Der Totalitarismus aus der Sicht des Ostens, in: Jesse, Eckhard (Hrsg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Bonn 1996, S. 389–415, hier S. 391.

Wiederholt konstatiert Hildermeier, dass vom Konzept desto weniger übrig geblieben sei, je genauer Empiriker und Spezialisten nachgefragt hätten.²

Es springt sofort ins Auge, dass alle kritisierten Aspekte ja selbst Gegenstand der Geschichtsschreibung sind, und auch die Lautstärke der Kritik sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Auseinandersetzung mit Modellen, Konzepten und Typologien in der Geschichtsschreibung seit dem 19. Jahrhundert die Geschichte des Faches prägt, das sich auf diese Weise von anderen politik- und sozialwissenschaftlichen Fachdisziplinen abzugrenzen und eine eigene Methodologie zu entwickeln versucht.³ Allgemein gilt als unstrittig, dass der Terminus Stalinismus genetisch wertig belastet ist. Seine »Verwissenschaftlichung« im Westen basierte ursprünglich auf Trotzki's Deutung der Politik Stalins als »Deformation des Leninismus«, als »Sieg der Bürokratie über die Massen« in einem »totalitär bürokratischen Staat«.⁴ Trotz dieser genetischen Belastung entfaltete der Begriff historische Wirksamkeit, und dies, obwohl er nach 1956 semantisch gleich auf dreierlei Weise gefüllt war: kritisch in der westlichen Sprachdiktion, positiv in Osteuropa – zumindest bis 1956 als Bezeichnung für die theoretischen und praktischen »Lehren Stalins«⁵ und noch auf eine dritte Weise: In der UdSSR drückte das im Westen gebräuchliche Gegensatzpaar Stalinismus und Antistalinismus keinen Widerspruch aus. Stalin blieb, zumindest für Chruschtschow persönlich, der »vorbildliche Marxist-Leninist und Revolutionär«⁶, wie der jugoslawische Botschafter in Moskau bezeugte. Heute sind in Russland »Stalinist« und »Stalinismus« als wertneutrale Differenzierungsbegriffe in Gebrauch.⁷ Meistens kanalisieren sie nur politische und historische Leidenschaften, ohne sie zu verändern. Die Zahl der Apologeten Stalins scheint zu wachsen.

Doch selbst ohne diese semantische Mehrdeutigkeit und Ambivalenz bleibt der Stalinismus als Deutungskonzept oder Periodisierungsmerkmal vage. In der Fachliteratur werden unterschiedliche chronologische Zäsuren angeboten: Der »sowjetische Stalinismus«

2 Siehe Hildermeier, Manfred: Interpretationen des Stalinismus, in: Historische Zeitschrift 264 (1997), S. 655–674.

3 Siehe dazu: Lessing, H.-U.: Typos, Typologie, in: Historisches Wörterbuch der Philosophie, hrsg. von Joachim Ritter und Karlfried Gründer, Band 10, Darmstadt 1998, Sp. 1587–1607, insbes. Sp. 1602ff.

4 Siehe Trotzki, Leo: Verratene Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie? Paris 1936. Auch der politische Emigrant aus der UdSSR G. P. Fedotow beispielsweise veröffentlichte 1936/37 in Paris Analysen, in denen von einer »Stalinschen Revolution gegen den Leninismus« (und Marxismus) etwa ab 1925, der Errichtung eines »persönlichen Regimes Stalins« und einer »Stalinokratie« die Rede ist, wobei die Ermordung Kirovs im Dezember 1934 als zäsurbildend bezeichnet wird. Als Merkmale nannte Fedotow u. a. »die Erschießung von Parteimitgliedern« und »Liquidierung fiktiver politischer Opposition«.

5 Ob es sich beim Stalinismus genetisch auch um eine Eigenbezeichnung handelt, die etwa Mitte der 1930er-Jahre in der UdSSR entstanden ist und die sich in der Nachkriegszeit etwa bei Schdanow belegen lässt, ist wegen des Übersetzungsproblems nicht eindeutig zu belegen. Der Ausdruck wurde jedoch nicht öffentlich gebraucht.

6 In den Jahren 1956–58 betrachtete Chruschtschow die in Westeuropa und Jugoslawien gängigen Ausdrücke »Stalinist« und »Antistalinist« nicht als widersprüchlich und bezeichnete sich selbst als »Stalinisten«. Siehe Mićunović, Veljko: Moscow Diary, London 1980, hier insbes. S. 26, S. 168, S. 187, S. 196, S. 431. Zitat auf S. 196.

7 Nach 1991 bezeichneten sich auch frühere führende Opponenten der Gorbatschow-Politik vielfach als »Stalinisten«. Ob der Ausdruck rückwirkend angewandt wurde, ist nicht eindeutig feststellbar.

begann 1921 mit der Einführung des Einparteien-Systems und dem innerparteilichen Oppositionsverbot (X. Parteitag), 1924 mit dem Tod Lenins, 1928/29 mit dem Anlaufen des ersten sowjetischen Fünfjahrplans bzw. mit der offiziellen Feier des 50. Geburtstages Stalins, 1930 (XVI. Parteitag) oder erst 1934 (XVII. Parteitag, der »Parteitag der Sieger«, »Kirow-Mord«). Mit Blick auf den internationalen Kommunismus wären auch die schon 1920 formulierten 21 »Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale« zu beachten, weil sie von den nationalen Parteien verlangten, sich der Internationale auf der Grundlage des »demokratischen Zentralismus« als unselbstständige Sektionen zu unterwerfen, einschließlich einer »strengen zentralen Kontrolle« ihrer Tätigkeit.

Ähnlich unscharfe Zäsuren grenzen die Entstalinisierung ein. Für manche begann sie mit dem Tod Stalins 1953, sie beschränkte sich auf die geschichtspolitische Entsorgung singulärer personengebundener Ereignisse auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956,⁸ einige Autoren reduzieren sie auf die Jahre 1956–58,⁹ andere lassen sie mit der Absetzung Chruschtschows 1964 enden, um in die Phase des Breschnew'schen Neostalinismus überzugehen. Entstalinisierung kann sich aber auch auf den Zeitabschnitt »vom Tod des Tyrannen, unterdrückt durch das Oktober-Plenum (1964) des ZK der KPdSU [d.i. Chruschtschows Ablösung durch Breschnew], bis zur Intervention in der CSSR 1968« erstrecken.¹⁰ Oder sie kann sich sogar bis zum Zusammenbruch des Kommunismus hinziehen bzw. darüber hinaus.¹¹

Ein nicht minder ausgefrantes Bild bietet die Behandlung des Stalinismus als Systemtypus. Hildermeier stellt fünf methodische Varianten des Stalinismus vor:¹² Das politikgeschichtliche Konzept einer »Revolution von oben« (1) konkurriert mit der von der sozialhistorischen Forschung vertretenen Auffassung eines »Totalitarismus von unten« (2). Empirisch überholt sei ebenfalls die Vorstellung von einer totalen politischen und sozialen Kontrolle, stattdessen konstatiert man Wirrwarr oder ein »unterreguliertes« System (3). Auch der Terror war nicht zentralistisch organisiert, wie die klassische Totalitarismustheorie annahm (4). Stärkere Beachtung findet, konstatiert Hildermeier, ebenfalls die alltags- und mentalitätsgeschichtliche Sicht des Stalinismus (5). Das alte Konzept der »Revolution von außen«, ursprünglich als Bolschewisierung, Sowjetisierung und Stalinisierung vorgestellt, das die Übertragung des in der Sowjetunion entstandenen Ordnungsmodells und seiner Funktionsweisen auf andere Länder beinhaltet, bezieht Hildermeier nicht ein. In den baltischen Ländern etwa hat es heute eine herausragende Bedeutung, und auch in Polen wurde es zu Beginn der 1990er-Jahre – unter Einbeziehung der Folgen der deutschen Besatzung

8 In systematischer Absicht könnte dazu auch die jugoslawische Entwicklung gezählt werden, denn dort wurde im Sommer 1948 kurzfristig eine »Entstalinisierung« geleistet.

9 So beispielsweise Rupnik, Jacques: Der Totalitarismus aus der Sicht des Ostens, in: Jesse: Totalitarismus im 20. Jahrhundert (Anm. 1), S. 391.

10 Tschuprinin, Sergei, in: Otepel 1953–62. Stranizi ruskoi, sowetskoi literatury [Taufwetter 1953–62. Seiten der russischen, sowjetischen Literatur], 3 Bde., Moskau 1989–1990, hier Bd. 1, S. 10.

11 Zu den »nationalen Amplituden« der »Entstalinisierung« in einzelnen ostmitteleuropäischen Ländern siehe Vykoukal, Jiří / Litera, Bohuslav / Tejchman, Miroslav: Východ. Vznik, vývoj a rozpad Sovětského bloku 1944–1989 [Der Osten. Entstehung, Entwicklung und Zusammenbruch des Sowjetblocks 1944–1989], Prag 2000, S. 297f.

12 Hildermeier: Interpretationen des Stalinismus (Anm. 2), S. 655–674.

im Zweiten Weltkrieg – intensiv diskutiert. Insgesamt könnte man aus der Fachliteratur bestimmt einige Dutzend weitere historische und moderne Typenmodelle zusammentragen. Erwähnung verdient zumindest die extreme Deutung von Buldakow,¹³ der indirekt Kritik an den üblicherweise eurozentristischen Konzepten übt, indem er auf einen internen Konflikt zwischen »moslemischer« und »europäischer« Mentalität im System der soziokulturellen Spaltung zwischen Gesellschaft und Herrschaft insistiert.

II. Das in der postkommunistischen Geschichtsschreibung Osteuropas feststellbare Unbehagen an westlichen Deutungskonzepten liegt – neben allgemeiner Kritik an der semantischen Differenz der im Westen verwendeten Begriffe¹⁴ – sicherlich zum einen in der spezifischen begriffsimmanenten Bedeutungsambivalenz begründet. Ausschlaggebend sind jedoch zum anderen wissenschaftspolitische Gründe, denn mehrheitlich wird der Kommunismus in Osteuropa als eine »historische Einheit« wahrgenommen, innerhalb derer die individuelle Handschrift seiner historischen Abschnitts- und epigonalen Unter-Führer zwar erkennbar, aber (noch) nicht systematisch erklärbar ist. Die erkenntnisleitenden Interessen der Geschichtsaufarbeitung bestimmen dort auch nicht typologische Modelle, sondern die Bewältigung unaufschiebbarer rechtlicher und politischer Probleme der Herrschaftslegitimation und die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen und kulturellen Auswirkungen der Diktatur. Daher geht man auch stärker ein auf die internationale institutionelle Dimension des Stalinismus als einer »Revolution von außen«, als einer »fremden Geschichte«. Hervorgehoben werden dabei etwa die »harten Formen« der militärischen Kommandostruktur des Warschauer Paktes. Doch bereits die nationale Problematik weist unmittelbar auf Variation und Inkongruenz der historischen Entwicklungsprozesse wie der Diskurse darüber hin.

Die aktuelle Ost-West-Diskussion ist ebenfalls historisch durch die Kritik belastet, die in den 1970er-Jahren im osteuropäischen Untergrund an westlichen Konzepten geübt wurde. Ihre Argumentation verdient besonders deshalb noch heute Interesse, weil sie die »verschütteten« Konfliktlinien zwischen der lebenswirklichen und der akademischen Rezeption markiert. Gegen die Konzentration des westlichen Stalinismus-Konzepts auf den Terroraspekt wurde damals eingewandt, dass die Haupteigenschaft des »postterroristischen Totalitarismus« oder der »totalitären Normalität« in seiner Macht bestand, autonome soziale Aktionen permanent einzuschränken.¹⁵ Diese Macht bleibt auch dann »totalitär«,

13 Buldakow, W. P.: XX vek rossijskoi istorii i postkommunističeskaja sowjetologija [Das XX. Jahrhundert der russischen Geschichte und die postkommunistische Sowjetologie], in: Bordjugow, G. A. (Hrsg.): Rossijskaja imperija, SSSR, Rossijskaja Federacija: Istorija odnoi strany? [Das Russische Imperium, die UdSSR, die Russische Föderation: Geschichte eines Landes?], Moskau 1993, S. 5–56.

14 So machte beispielsweise ein ungarischer Historiker im Zusammenhang mit der Zentrum-Peripherie-Diskussion darauf aufmerksam, dass »Plan« in der westlichen Begriffswelt eine andere Bedeutung habe als in der in Osteuropa gemachten empirischen Erfahrung. Hier bestand der tatsächliche Plan nicht aus einem »konkreten Schriftstück«, sondern aus der Summe vielzähliger Veränderungen und Modifikationen, die oft mit dem ursprünglichen »Schriftstück« nichts mehr gemein hatten.

15 Siehe dazu Mlynář, Zdeněk: Krize v sovětských systémech od Stalina ke Gorbáčovi [Krisen in Sowjetsystemen von Stalin bis Gorbatschow], Prag 1991.

wenn die Repressionsformen sich ändern, weniger sichtbar oder nur als Bedrohungspotenz vorhanden sind. Oder in pointierter Form: Die politische Macht wird erst totalitär, wenn die terroristische Phase zu Ende ist und die Subjekte ihre Autonomie verloren haben. Naturgemäß ist das Thema emotional stark aufgeladen, und allein der Hinweis, dass in der polnischen Geschichtsdebatte 1989/90 kurzfristig das Schlagwort von der »zweiten deutschen Schuld«¹⁶ auftauchte (und mit der Wiedervereinigung wieder aus dem öffentlichen Raum verschwand), sollte genügen, um im Diskurszusammenhang an die historische Relevanz von Schonhaltung und Verdrängung zu erinnern. Vielfach reflektieren sie Einflüsse der Geschichtspolitik auf die Auseinandersetzung mit der erfahrenen Vergangenheit.

Auch vor diesem Hintergrund ist zu verstehen, dass der polnische Historiker Jerzy Holzer 1990 die Bezeichnung Stalinismus ablehnte, weil es sich lediglich um eine politische Kampfpapier der regierenden Kommunisten gehandelt habe, die das von ihnen geschaffene System nicht als »authentischen Kommunismus«, als »Kommunismus als solchen«, sondern als fehlerhafte Entartung erkannten in dem Moment, als sie selbst von der Repression betroffen waren.¹⁷ Denn Entstalinisierung habe »nicht die Natur des Regimes verändert, sondern nur die Spielregeln zwischen Herrschaft und Gesellschaft«¹⁸, schrieb man in Russland. Die Institutionen des Systems blieben nach Stalins Tod stabil, meint konsequent auch der Pole Wojciech Roszkowski. Geändert hätten sich nur die Methoden der Machtausübung, nicht die Struktur der Machtmechanismen und ihre Legitimation. Die kommunistische Partei agierte weiterhin als einzige autonome Organisation in einem System, in dem ihr alle anderen staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen untergeordnet waren. Der neue »Gesellschaftsvertrag« garantierte Sicherheit für Gehorsam und Unterwerfung, für Selbstzensur und Selbstkontrolle, die an die Stelle der zentralen Kontrolle traten.¹⁹ Eine typologische Differenz zwischen einer totalitären und einer posttotalitären Phase in nichtdemokratischen Systemen sei nicht in der Struktur der geschichtlichen Entwicklung zu entdecken, sondern auf die normativ-statische Definition von Idealtypen und Untersuchungskriterien zurückzuführen, argumentierte der tschechische Zeithistoriker Oldřich Tůma: »Der Unterschied zwischen dem Verlust des Lebens und des Arbeitsplatzes ist zwar ein existentieller, aber kein systematischer.«²⁰

16 Es beinhaltet den Vorwurf, mangelnden Widerstand gegen den Kommunismus geleistet zu haben, meinte also nach »deutscher Rechnung« die »dritte Schuld«. Der Text wurde veröffentlicht, aus Diskretionsgründen wird aber auf den Beleg verzichtet.

17 Holzer, Jerzy: *Solidarność 1980–1981. Geneza i historia* [Solidarność 1980–1981. Entstehung und Geschichte], Warschau 1990. In den »neuen« Programmen der postkommunistischen »kommunistischen« Parteien wird das System bis zum Zusammenbruch 1989/91 in der Regel als »stalinistisch« apostrophiert.

18 So stellvertretend für viele: Koslow, Wladimir A./Mironienko, Sergei W. (Hrsg.): *Kramola. Inakomysljije w SSSR pri Chruschtschew i Breschnewe 1953–1982 gg* [Aufruhr. Andersdenkende in der UdSSR unter Chruschtschow und Breschnew in den Jahren 1953–1982], Moskau 2005, S. 29.

19 Siehe Rupnik, Jacques: Der Totalitarismus aus der Sicht des Ostens, in: Jesse: *Totalitarismus im 20. Jahrhundert* (Anm. 1), S. 397.

20 Tůma, Oldřich: *Poznámka k typologii komunistických režimů* [Bemerkung zur Typologie der kommunistischen Regime], in: *Soudobé dějiny* 3/4 (1997), S. 534–537, hier S. 537.

In der modernen russischen Historiographie lässt man Entstalinisierung, in russischer Diktion auch: Chruschtschow'sche »Reformation« als »administrative Mobilisierung«, »Modernisierung« oder »Liberalisierung« »von oben«, nur zur Beschreibung einer Etappe der Regression des Stalinismus gelten, spricht ihm also ebenfalls eigenständige typologische Merkmale ab. Zur Begründung wird darauf hingewiesen, dass die Degradation des Stalin'schen Systems in den 1950er- und 1960er-Jahren mit der grundsätzlichen Umkehrbarkeit der Chruschtschow'schen Reform unter Breschnew zu verbinden sei.²¹ Einen systemischen Unterschied zwischen Stalin und Chruschtschow sieht der russische Sozialhistoriker Axjutin auch deshalb nicht, weil er die Chruschtschow'sche Reform zur Modernisierung des Systems bei Beibehaltung der alten Regelungsfunktionen grundsätzlich auch Stalin zutraut.²² Neu waren vor dem Hintergrund eines beschleunigten gesellschaftlichen Wandels nur die Veränderungen in den Reaktionsweisen der gesellschaftlichen Gruppen auf die statische Herrschaftsform, die die frühere monolithische Einheit zugunsten eines sozialen Pluralismus aufgelöst und damit die Partei- und Staatskontrolle mittelbar geschwächt hätten.²³ Ähnlich argumentiert Stefan Plaggenborg, wenn er resümiert: »Es ist deswegen gerechtfertigt, von einer stalinistischen Strukturkontinuität bis in die Zeit der Perestrojka hinein zu sprechen.« Und er fährt fort: »Der stalinistischen Strukturkontinuität entspricht deshalb als Parallelerscheinung die asynchrone Entstalinisierung.«²⁴

In Osteuropa sind vereinzelt noch radikalere Stimmen zu vernehmen: Das nach dem sowjetischen Muster gestaltete politische System blieb danach im Grundsatz bis zum Ende der 1980er-Jahre axiomatisch gültig. Der unterschiedliche Grad der strukturellen Resistenz der »Peripherie« gegenüber dem »Zentrum«, die reale historische Dynamik und Vieltätigkeit der Binnengeschichte der nationalen Systeme wie auch der einzelnen historischen Phasen des Stalin'schen Ur-Modells selbst werden bei solchen Überlegungen nicht übersehen. Nur noch wenige Forscher isolieren den Stalinismus als singuläre, zeit- und personenbezogene sowie räumlich auf die UdSSR begrenzte historische Erscheinung. Stellvertretend sei Jörg Baberowski genannt, der den Stalinismus als »imperiales Phänomen« auf der Grundlage des Konflikts zwischen Modernisierung und Traditionalismus, zwischen Zentrum und Peripherie auf den exterminatorischen Terrorschub reduziert.²⁵ In der russischen Geschichtsschreibung wird der Terror nicht als konstitutiv für Stalins Herrschaft angesehen, weil er schon davor institutionalisiert worden war, und in Ostmitteleuropa sorgt zudem der Terror der deutschen Besatzungszeit für Probleme bei der Historisierung.

21 Siehe dazu: Affanasjew, Juri N. (Hrsg.): Sowjetskaja istoriografija [Die sowjetische Historiographie], Moskau 1996.

22 Axjutin, Juri: Chruschtschowskaja »ottepel« i osbschestwennye nastrojenija w SSSR w 1953–1964 gg [Das Chruschtschow'sche »Tauwetter« und gesellschaftliche Stimmungen in der UdSSR in den Jahren 1953–64], Moskau 2004, S. 479.

23 Ebenda, S. 484.

24 Plaggenborg, Stefan: Sowjetische Geschichte nach Stalin, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1/2 (2005); siehe auch: Plaggenborg, Stefan (Hrsg.): Stalinismus. Neue Forschungen und Konzepte, Berlin 1998.

25 Siehe u. a. Baberowski, Jörg: Stalinismus an der Peripherie: Das Beispiel Azerbajdžan, in: Hildermeier, Manfred (Hrsg.): Stalinismus vor dem Zweiten Weltkrieg. Neue Wege der Forschung, München 1998, S. 307–335.

Insgesamt vermitteln die Stalinismus-Debatten den Eindruck, dass sie als Projektionsflächen dienen. Historiker reiben sich kritisch an den als schillernd charakterisierten Konzepten und polieren auf diese Weise einzelne von deren zahlreichen Facetten. Dies begünstigt eine Verinselung der akademischen Jargone, die aus den frei gewordenen Quellenmassen scheinbar alle empirisch »belegt« werden können. Versteht man unter Typen aber nur »Merkmale, die einer Gruppe von Personen oder Dingen gemeinsam sind«, so funktionieren Typologien und Modelle in erster Linie als heuristische und ordnende Hilfsmittel zur Reduzierung der Komplexität der empirischen Einzelercheinungen und transportieren nicht unmittelbar oder nicht gleich »die ganze« historische Wahrheit. Insofern ist die von Hermann Weber vorgenommene Unterscheidung zwischen »Stalinismus im engeren oder speziellen Sinne – dies war Willkürherrschaft und brutaler Terror« – und »Stalinismus in seiner weiteren oder allgemeineren Einschätzung als gesellschaftspolitisches System«, das bis zum Ende des SED-Staates 1989 existierte,²⁶ allein deshalb sehr wertvoll, weil sie bestimmt und klar ist.

III. Die unmittelbar evidenten gesellschaftlichen Auswirkungen des Zusammenbruchs des Kommunismus eröffnen vielfach neue Sichtweisen auf das historische Phänomen. In Ungarn fiel etwa die Selbstmordrate, die nach dem Trauma von 1956 drei Jahrzehnte an der Spitze der Weltstatistik stand, seit 1989 um ein Drittel²⁷, allgemein stieg in Ostmitteleuropa nach 1989 die allgemeine Lebenserwartung deutlich. In Russland sank sie jedoch, und bei der Zahl der Selbstmorde führt heute Litauen die Weltstatistik an. Es geht hier aber nicht darum, auf »harte« soziale Folgen des Systemstresses aufmerksam zu machen, die schon in den 1980er-Jahren »informelle« oder sogar offizielle Diskursthemen waren, sondern auf die Tatsache, dass sich nicht nur die Vergangenheit heteronom präsentiert, sondern dies ebenso für die Gegenwart gilt. Dies schafft verschiedene gesellschaftliche Voraussetzungen und eine unterschiedliche Dringlichkeit für Geschichtsdiskurse. So fällt in der deutschen Diskussion schon aufgrund der westdeutschen semantischen Definitionsmacht einiges unter den Tisch und noch einiges mehr infolge des genetischen Kausalnexus zwischen der nationalsozialistischen und der kommunistischen Diktatur. Der nationalsozialistische Völkermord ließ sich in Deutschland (und auch in Österreich) als Tabu und »absoluter Zivilisationsbruch« einkapseln und sogar strafrechtlich beweisen, auf europäischer Ebene gelang dies jedoch nicht im gleichen Maße, und die osteuropäische Geschichtsschreibung kommt einfach nicht umhin, dieses Tabu zu berühren. Ein anderes Extrem stellt heute Russland dar, wo im Jahr 2007 in Befragungen 35 Prozent das »Sowjetsystem« für das am besten geeignete politische System halten²⁸ und 47 Prozent der Bevölkerung Stalin eine

26 Weber, Hermann: Aufbau und Fall einer Diktatur, Köln 1991, S. 64 ff.

27 Ungarn hatte ab 1960 die höchste Selbstmordrate in der Weltstatistik. Siehe Valuch, Tibor: Magyarország társadalomtörténete a XX. század második felében [Die Sozialgeschichte Ungarns in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts], Budapest 2001, S. 361. Siehe auch: Duval, Alexandre: Der Selbstmord in Europa, in: <<http://www.arte.tv/de/suche/770118.html>> am 20. Juni 2007.

28 Ein Viertel präferiert das »Putin'sche System« und 16 Prozent präferieren die Demokratie nach westlichem Vorbild. Die Angaben von 1600 Befragten stammen aus einer 2007 veröffentlichten Umfrage des unabhängigen russischen Levada Centers im Auftrag des EU-Russia Centers.

»positive Rolle in der Geschichte Russlands« bescheinigen.²⁹ Und was die zeitliche Perspektive der Transformation angeht, so wäre etwa daran zu erinnern, dass in Deutschland erst im Jahr 2007 die Entschädigung von Opfern politischer Verfolgung in der DDR beschlossen werden konnte, oder daran, dass die »Bewältigung der Folgen der ersten deutschen Diktatur« noch heute Gerichte und Öffentlichkeit beschäftigt.

Hinsichtlich der zeitlichen Perspektive der Vergangenheitsbewältigung gilt es aber vor allem auf eine unterbelichtete oder sogar verdrängte Dimension des Stalinismus aufmerksam zu machen: auf den kulturellen oder auch gesellschaftlichen Stalinismus, wie die entsprechenden älteren Kampfausdrücke lauteten. Gemeint ist der »strukturelle Stalinismus«, der seinen Ausdruck fand im »Primat der Ideologie als institutionalisierter Lüge«, wie Jacques Rupnik formulierte³⁰, oder sich im »kognitiven Privileg«³¹ der kommunistischen Partei als kognitiver Mechanismus manifestierte, in dem unter dem Begriff der Dienstbarkeit der Unterschied zwischen Wahrheit und Lüge verloren geht, der Mensch seine Subjektivität verliert. Auf seine sprachzerstörenden Wirkungen wurde schon sehr früh von Czesław Miłosz und immer wieder von Aleksander Wat, Leszek Kolakowski oder Václav Havel hingewiesen.³²

Die Bewältigung des »Stalinismus« wird also noch einige Zeit dauern, denn die in der Gegenwart noch lebende Vergangenheit gebiert in der Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit noch immer neue semantische Kreuzungs- und Mutationsformen, sogar die Umgangssprache ist gleich mehrfach überformt worden. Sprachverwirrung wird sich auch deshalb nicht vermeiden lassen, weil historische Ereignisse in nationalen Quellen bisweilen eine völlig andere quantitative und qualitative Faktographie haben als in analogen sowjetischen »Kontrollberichten«. Kommunikationsprobleme resultieren daraus, dass viele der im Westen üblichen fachwissenschaftlichen Termini nicht deckungsgleich in andere Fremdsprachen übersetzt werden können und oft schon im nationalen Sprachraum die Übernahme von Fachausdrücken aus anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen zu Missdeutungen führt. Erinnert sei nur an das Schicksal der von dem Soziologen Peter Christian Ludz vorgestellten soziolinguistischen »Immanenz-Theorie«, die von einigen Historikern in völliger Verkehrung der eigentlichen Intention als »neues Deutungskonzept« angenommen wurde. Der Weg zur Historisierung des Kommunismus wird also mit einem längeren Kommunikationsprozess verbunden sein. Sicher ist nur, dass er mit der positivistischen Kompilation empirischer Daten beginnen und ständig von ihr begleitet sein muss, offen bleibt, wie die nationalgeschichtlichen Deutungen in ein zivilisatorisches Gesamtkonzept eingefügt werden können. Auf typologische Hilfskonstruktionen, ob sie nun explizit vorgestellt oder nur implizit angewandt werden, kann dabei schon aus arbeitsökonomischen

29 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. März 2005.

30 Rupnik, Jacques: Der Totalitarismus aus der Sicht des Ostens, in: Jesse: Totalitarismus im 20. Jahrhundert (Anm. 1), S. 398.

31 Kolakowski, Leszek, in: Urban, R. G. (Hrsg.): Stalinism: Its Impact on Russia and the World, London 1982, S. 250.

32 Hierzu beispielsweise Rupnik, Jaques, in: Jesse: Totalitarismus im 20. Jahrhundert (Anm. 1); Spiewak, Pawel (Hrsg.): Anti-Totalitarismus. Eine polnische Debatte, Frankfurt am Main 2003; sowie Havel, Václav: Versuch, in der Wahrheit zu leben. Von der Macht der Ohnmächtigen, Reinbek bei Hamburg 1980.

Gründen nicht verzichtet werden, um die Komplexität der empirischen Einzelbefunde beherrschen zu können. Die Methoden und Hilfsmittel der generalisierenden Geschichtsschreibung bleiben schließlich ebenfalls unmittelbar Gegenstand des Diskurses und nicht nur die Geschichte als isolierte nationale Erfahrung.